



Dr. Matthias Miersch

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitischer Sprecher der
SPD-Bundestagsfraktion

Dr. Matthias Miersch, MdB · 11011 Berlin

Deutscher Bundestag

Paul-Löbe-Haus
11011 Berlin
Ansprechpartner: Birgit Heine,
Silke Klaproth-Förster, Simon Oerding
Tel: (030) 227 – 71111
Fax: (030) 227 – 76099
Email: matthias.miersch@bundestag.de

Wahlkreis

Kurt-Schumacher-Haus
Odeonstr. 15/16
30159 Hannover
Ansprechpartner:
Heidrun Hellemann, Frauke Meyer-Grosu,
Fabian Böer
Tel: (05 11) 16 74 303
Fax: (05 11) 92 03 190
Email: matthias.miersch@wk.bundestag.de

www.matthias-miersch.de

Berlin, 15.12.2009

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

als neuer umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion werde ich ab Dienstag in Kopenhagen am UN-Klimagipfel teilnehmen. Kurz vor der Abfahrt nach Kopenhagen möchte ich die Gelegenheit nutzen, um in der letzten persönlichen Erklärung im Jahr 2009 ein paar Dinge zu kommentieren:

1. Klimagipfel in Kopenhagen

Die Welt schaut in dieser Woche nach Kopenhagen. Es ist zu hoffen, dass sich die Nationen auf verbindliche Ziele und Maßnahmen verständigen. Leider hat die Bundesregierung in den vergangenen Wochen nur zögerlich vor allem Angebote an die Entwicklungsländer gemacht. CDU/CSU und FDP haben sogar einen relativ guten Antrag, den sie noch im Umweltausschuss eingebracht haben, kassiert und dann deutlich abgeschwächte Ziele im Bundestag beschlossen. Das zeigt die Widersprüchlichkeit des Handelns der neuen Regierung. Unabhängig vom Ausgang des Gipfels werde ich Anfang 2010 zwei Veranstaltungen zum Thema „Kopenhagen und was kommt jetzt?“ im Wahlkreis veranstalten. Internationale Absprachen sind eine Seite, das Handeln von uns allen vor Ort ist die andere. Die Vorkommen von Öl und Gas schwinden, die Nachfrage steigt – es ist logisch, dass wir umsteuern müssen, um neue Arbeitsplätze in zukunftsfähigen Branchen zu schaffen und die Teilhabe unserer Bevölkerung an Mobilität, Heizung und Energie zu sichern. Am Wichtigsten ist für uns alle aber der Erhalt einer lebenswerten Umwelt, gerade für die kommenden Generationen.

2. Kundus-Affäre

Die Informationen über den Angriff auf Tanklaster in Kundus werden immer brisanter. Der Untersuchungsausschuss wird diese Woche seine Arbeit beginnen. Ich will an dieser Stelle nicht spekulieren. Für mich zeigen die Vorgänge jedoch, dass dringend die Afghanistan-Strategie verändert werden muss. Die SPD-Fraktion hat insoweit in der letzten Sitzungswoche einen Antrag eingebracht, der diese Änderungen einfordert. Ich habe bei der



Dr. Matthias Miersch

Mitglied des Deutschen Bundestages

Abstimmung über die Mandate stets unterschieden und immer dann nicht zugestimmt, wenn der Kampfauftrag im Vordergrund stand. Bereits vor einigen Jahren hatte ich in den persönlichen Erklärungen auch den Vorstoß unseres damaligen Parteivorsitzenden Kurt Beck begrüßt, mit bestimmten Talibanführern Gespräche aufzunehmen. Damals wurde dieser Vorschlag belächelt, inzwischen findet er immer mehr Unterstützer. Für mich steht fest: Wenn keine entscheidenden Änderungen in der Strategie erkennbar werden, kann ich künftig den Einsätzen in Afghanistan nicht mehr zustimmen.

3. „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“

Der Begriff des Gesetzes ist eine Farce. Die Auswirkungen spüren wir jetzt schon. In der letzten Woche habe ich mit den Bürgermeistern des Wahlkreises die finanzielle Situation beraten. Die Kommunen müssen nicht nur die Auswirkungen der Finanzkrise verkraften, sondern durch diese unverantwortliche Finanzpolitik der Bundesregierung nun auch noch Mindereinnahmen aus dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz schlucken, die sich z.B. allein für die Stadt Ronnenberg auf ca. 1 Mio. EUR belaufen. Es ist an CDU/CSU und FDP die Frage zu stellen, wer eigentlich profitiert, welches Wachstum geschaffen werden soll und welche Bereiche der Daseinsvorsorge an anderer Stelle zusammenbrechen. In der Anhörung des Finanzausschusses ist das Gesetz auf breiter Front von den Sachverständigen kritisiert worden. Es gehe im Gesetz eher um die Bedienung einzelner Klientel-Gruppen: Erben werden entlastet, obwohl in der Großen Koalition schon ein guter Interessenausgleich gefunden wurde. Das Hotelgewerbe hat schon angekündigt, dass die Entlastungen im Bereich der Mehrwertsteuer nicht weitergegeben werden. Die FDP, die sich angeblich gegen Subventionen ausspricht, führt hier für eine Branche eine Mehrwertsteuerprivilegierung ein, die ein Vielfaches an Bürokratie schafft und Steuerausfälle von 1 Mrd. EUR verursacht. Änderungen in der Gewerbesteuerberechnung für Unternehmen zeigen, dass CDU/CSU und FDP an dieser Einnahmesäule der Kommunen die Axt anlegen. Die Erhöhung des Kinderfreibetrages und des Kindergeldes führen einerseits zu weiterer Ungerechtigkeit zugunsten Besserverdienender: Gutverdienende werden monatlich um 40 EUR entlastet, im mittleren Bereich profitieren Familien von 20 EUR und ALG II-Empfänger haben von den Reformen gar nichts, denen Erhöhung des Kindergeldes wird mit ihrer Grundsicherung verrechnet. Dagegen bleibt der so dringend notwendige Ausbau der Kinderbetreuung aufgrund der finanziellen Engpässe der Kommunen auf der Strecke. Mittelfristig belasten wir darüber hinaus die Folgegenerationen durch die Finanzierung dieser „Wohltaten“ auf Pump. Es ist schon interessant, dass CDU/CSU und FDP die höchste Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik eingehen. Ich finde, diese Entwicklung müssen wir auf allen politischen Ebenen klar benennen.

Abschließend möchte mich an dieser Stelle noch einmal bei allen Unterstützerinnen und Unterstützern im Jahr 2009 bedanken, vor allem auch bei meinem Team und den



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

Helferinnen und Helfern im Wahlkampf. Ich wünsche uns ein paar Tage der Besinnung, ein frohes Weihnachtsfest und einen tollen Start in das Jahr 2010!

Ich freue mich auf die Arbeit und die Begegnungen mit Euch und Ihnen!

Herzliche Grüße! Ihr/Euer

Matthias Miersch